

Dorothea Schmidt*

Grenzen eigenständiger Organisation

Klassenkampf und Revolution – Petersburg 1917, Berlin 1918

Zusammenfassung: Ein stärker sozial- als politikgeschichtlicher Blick auf die russische Revolution vom Oktober 1917 und die deutsche Revolution vom November 1918 eröffnet die Perspektive auf die dahinterliegenden Klassenkonflikte. Im spät industrialisierten Russland führte der Klassenkampf von oben zu spontanen Organisationen auf Betriebsebene und zur Radikalisierung des Klassenkampfes von unten. In Deutschland bestanden demgegenüber institutionell abgesicherte Möglichkeiten zur Organisation. Gerade deren Erfolge erwiesen sich mit der Politik des »Burgfriedens« ab 1914 als verhängnisvoll. Klassenkonflikte wurden auf Kosten der Arbeiterschaft stillgelegt. Arbeiter- und Soldatenräte wurden später zermalmt.

Schlagwörter: Russische Oktoberrevolution, Deutsche Novemberrevolution, Klassenkampf, Arbeiter- und Soldatenräte

Limits of autonomous organization

Class struggle and revolution – Petersburg 1917, Berlin 1918

Abstract: Analyzed from a socio-historical rather than a political perspective, the events of the Russian Revolution of October 1917 and the German Revolution of 1918 point to the underlying class conflicts. The late industrialization of Russia was accompanied by continual repression. This class struggle from above resulted in spontaneous organizing at the level of factories and in the radicalization of class struggle from below. Whereas in Russia there existed a lack of opportunities to organize, the German social democrats and trade unions were eminently successful in this respect. This led to the »party truce policy« from 1914 on and to the shut down of class conflict at the expense of workers.

Keywords: Russian Revolution of 1917, German Revolution of 1918, class struggle, workers' and soldiers' councils

* Dorothea Schmidt war Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der HWR Berlin und ist Mitglied der PROKLA-Redaktion.

In 10 Tage, die die Welt erschütterten, dem journalistischen Klassiker über die Oktoberrevolution von John Reed, gibt es eine Diskussion zwischen einem arroganten Studenten und einem einfachen Soldaten, der am Bahnhof von Zarskoje Selo Wache hält. Der Student hält diesem vor, wenn er seine Waffe benütze, mache er sich zum Werkzeug von Mördern und Verrätern. Außerdem sei er ein dummer Bauer, der einfach Parolen nachplappere. »Ach, Bruder«, antwortete der Soldat ernsthaft, »du verstehst nicht. Es gibt zwei Klassen. Kannst du das nicht sehen? Das Proletariat und die Bourgeoisie.« Der Student belehrt ihn, es sei ein großer Irrtum, Lenin für einen aufrichtigen Freund des Proletariats zu halten. Lenin sei in einem geschlossenen Zug durch Deutschland gefahren und habe von den Deutschen Geld dafür genommen. Der Soldat zeigt sich auch davon nicht beeindruckt, denn Lenin sei ein aufrechter Mann und sage genau das, was er und seinesgleichen hören wollten, vor allem, dass es eben nur diese beiden Klassen gebe. »Nur zwei Klassen«, fuhr der Soldat hartnäckig fort, »und wer nicht auf der einen Seite ist, der ist auf der anderen.« (Reed 1975: 247f.)

Im Oktober 1917 standen sich die beiden Klassen wie seit jeher als eherne Blöcke gegenüber, aber mit der Revolution hatten sich die Verhältnisse zwischen ihnen radikal umgekehrt und die unterdrückte Klasse hatte die Macht übernommen: diese Sichtweise entsprach der damaligen Wahrnehmung vieler Zeitgenossen und sie prägte auch die spätere Geschichtsschreibung, insbesondere die sowjetrussische. Erstmals sei nun die »Diktatur des Proletariats« verwirklicht. Was den Befürwortern der Revolution als Verheißung einer lichtvollen Zukunft erschien, galt kritischen Beobachtern, insbesondere nachdem die Bolschewiki sich als Alleinherrscher etabliert hatten, als Fortsetzung des zaristischen Autoritarismus, nur eben mit anderen Vorzeichen. Ungeachtet ihrer unterschiedlichen Orientierung blieben in den traditionellen Erzählungen der Historikerkunft – und auch in populären Versionen – die gesellschaftlichen Hintergründe für die Entwicklung der Auseinandersetzungen zwischen Herrschenden und Unterdrückten, also die Genese dieses Antagonismus, jedoch meist ausgeblendet. Man konzentrierte sich im Wesentlichen auf den Fortgang der dramatischen *politischen* Geschehnisse: auf die Demonstrationen und ihre Niederschlagung, auf die Kämpfe zwischen den Parteien und ihren verschiedenen Fraktionen, auf deren Nähe oder Gegnerschaft zum zaristischen Regime sowie auf unterschiedliche ideologische Positionen. Im Rampenlicht standen Akteure wie Pjotr Stolypin und Alexander Kerenski, Vladimir Iljitsch Lenin und Leo Trotzki, denen je nach Standpunkt heroische oder dämonische Charakterzüge zugeschrieben wurden.

Seit den 1960er Jahren begann in der Geschichtsforschung ein neuer Wind zu blasen. Neben den großen »Haupt- und Staatsaktionen« der politischen

Geschichte wurde nun der Geschichte der „kleinen Leute“, und im Nachgang ebenso der anderer sozialer Gruppen vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt. Dadurch hat sich auch der Blick auf die russische Revolution verändert.¹ Anhand dieser neuen Befunde sollen hier die *sozialgeschichtlichen* Hintergründe der Ereignisse und ihre Vorgeschichte ausgeleuchtet werden. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, inwieweit es sich tatsächlich um *Klassenauseinandersetzungen* handelte, wie das der Soldat in Reeds Bericht meinte. Gab es in Russland damals überhaupt entwickelte Klassenverhältnisse? Und wie sind diese im Vergleich zu den Entwicklungen im Deutschen Kaiserreich zu sehen, das ein Jahr nach der russischen Oktoberrevolution ebenfalls zu Bruch ging?

Wirtschaft und Gesellschaft vor 1914 in Russland

Die Industrialisierung Russlands setzte später als die anderer Großmächte ein. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts profitierten Adelige und Großgrundbesitzende vom Reichtum an natürlichen Ressourcen, die exportiert werden konnten, vor allem Getreide und Holz. Ihr Wohlleben schien ihnen damit gesichert, sodass sie sich allen Ansätzen industrieller Entwicklung widersetzen. Die schmachvolle Niederlage im Krimkrieg (1853-1856) legte erstmals schonungslos offen, dass weder die Eisenbahnverbindungen noch die Rüstungsindustrie auf der Höhe der imperialen Ansprüche des Landes standen, weshalb man sich seither von Staatswegen darum bemühte, Anschluss an die Entwicklung der überlegenen Gegner zu finden. Unter Zar Alexander II wurde die Leibeigenschaft 1861 aufgehoben. Auf diese Art sollten Arbeitskräfte freigesetzt und in der Landwirtschaft neuzeitliche Methoden eingeführt werden. Der Staat ließ Telegrafienlinien und Eisenbahnen, wie die Transsibirische Eisenbahn, bauen. Schutzzölle für Kohle und Öl sollten die eigene Wirtschaft anregen. Der Schwerpunkt der Industrie lag bei Konsumgütern, vor allem bei Textilien und Lebensmitteln, punktuell auch bei Investitionsgütern. Es entstand eine extrem ungleichgewichtige Entwicklung mit einem Nebeneinander von traditioneller Dreifelderwirtschaft in manchen Regionen und moderner Stahlindustrie in anderen. Im Jahr 1900 erreichte der

1 Auch in der PROKLA dieser Jahre hat sich das niedergeschlagen. In Heft 27/1977 erschien ein Artikel von Rainer Rotermundt: »Oktoberrevolution und Sozialismus – Zur Bedeutung des Massenbewusstseins für die Herausbildung nichtkapitalistischer Produktionsverhältnisse.« Der Autor argumentierte, dass die »proletarischen Massen« das Lohnarbeitsverhältnis in der Revolution niemals grundsätzlich infrage stellten – und angesichts des in Russland so wenig entwickelten Kapitalismus auch nicht infrage stellen konnten, sondern den Unternehmern lediglich ihre Eigentumstitel wegnehmen und den Staat an ihre Stelle setzen wollten. Sie hatten also das »falsche« Bewusstsein.

Pro-Kopf-Grad der Industrialisierung 15 Prozent des damaligen britischen Niveaus, während Deutschland inzwischen auf 52 Prozent kam (Smith 2017: 47ff; Llewellyn u.a. 2019a; Strautmann 2014).

Trotz der Entstehung neuer Fabriken und wachsender Städte blieb das zaristische Russland überwiegend ein Agrarstaat, ein Land der GutsbesitzerInnen, Bauern und Bäuerinnen sowie der LandarbeiterInnen. Waren 1885 rund 85 Prozent aller Arbeitskräfte in der Landwirtschaft beschäftigt, so sank dieser Anteil danach zwar leicht, stand aber 1913 immer noch bei 81 Prozent (Cheremukhin u.a. 2014: 21). Die Verbindung zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Arbeit war auch nach den 1880er Jahren noch sehr viel enger als anderswo. Arbeitskräfte in der Industrie kamen überwiegend aus ländlichen Gegenden rund um die Industriezentren und wechselten saisonal zwischen der Arbeit in der Fabrik und auf den Feldern, das heißt, sie selbst oder Verwandte von ihnen besaßen ein Stückchen Land, auf dem sie Subsistenzwirtschaft betreiben konnten, was ihnen bei unzureichenden Industrielöhnen das Überleben erleichterte. Selbst 1918 traf das noch für mehr als die Hälfte des städtischen Proletariats zu (Mironov 2010: 71).

Bei einer Bevölkerung von 125 Millionen wird die Zahl der lohnabhängigen Männer, Frauen und Kinder für 1914 auf 26 Millionen Arbeitskräfte beziffert. Davon waren jeweils ein Viertel in der Landwirtschaft sowie in privaten und staatlichen Industriebetrieben, die übrigen in kleinen Werkstätten und Handwerksbetrieben, im Bergbau, Bauwesen und Handel, bei der Eisenbahn oder in Privathaushalten beschäftigt (Melancon 2014a: 3). Eine Besonderheit der nachholenden russischen Industrialisierung bestand darin, dass mehr als die Hälfte der Industriearbeiterschaft in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten tätig war, in Petersburg sogar 70 Prozent in Betrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Zudem ballten sich die wichtigsten Branchen in einigen wenigen Regionen zusammen: Schwerindustrie und Metallverarbeitung (insbesondere die Rüstungsindustrie) in Petersburg, Textil- und Nahrungsindustrie in Moskau, der Bergbau im Ural und im Donezbecken (Smith 2017: 53, 139).

Was bedeutete dieser Wandel der wirtschaftlichen Strukturen gesellschaftlich? Nach heutigen Einschätzungen stellte das vorrevolutionäre Russland »keine vollentwickelte Klassengesellschaft« dar, da die große Mehrheit der Bevölkerung dem Bauernstand angehörte und der Adel seine Privilegien über alle Turbulenzen der Jahre nach 1905 retten konnte. Daher »waren Stände für die Strukturierung der Sozialbeziehungen wichtiger als die vom Industriekapitalismus hervorgebrachten Klassen« (Smith 2017: 158). Das russische Ständesystem *soslovie* entstand im Lauf des 19. Jahrhunderts, in einer Zeit, als es sich in West- und Mitteleuropa auflöste. Bis dahin war die russische Gesellschaft in tausende Kleingruppen zerfallen, die zur Elite oder zu

den Unterworfenen gehörten. Doch in diesem unübersehbaren Gewimmel von Rechten und Traditionen bildete nicht einmal der Adel eine einheitliche Kategorie. Seit Zar Peter dem Großen gab es Versuche, eine Kopfsteuer einzuführen. Eine solche setzte voraus, dass man einige wenige Großgruppen identifizierte, die unterschiedlich belastet werden sollten, was letztlich zum System der *soslovie* führte. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hatten sich vier Stände herausgebildet. Der Bauernstand war der zahlenmäßig größte. Zu ihm gehörten vor allem die seit 1861 befreiten Leibeigenen, also Menschen, die bis dahin keinerlei rechtlichen Status hatten und Eigentum eines Grundherren, des Zaren oder der Kirche waren. Die Aufhebung der Leibeigenschaft machte sie zu Freien, gleichzeitig waren ihnen allerdings, um die Rechte der früheren Grundherren abzulösen, erdrückende Belastungen aufgebürdet worden. Diese Schulden waren meist nicht individuell zu begleichen, sondern eine Verpflichtung der dörflichen Gemeinschaft, des *mir*. Der Bauernstand war äußerst heterogen, er umfasste nunmehr selbständige Bauern und Bäuerinnen im Haupterwerb, die über minimalen oder auch erheblichen Landbesitz verfügten, ebenso wie ärmere LandbewohnerInnen, die zeitweilig oder saisonal in städtischen Industriebetrieben arbeiteten. Die drei weiteren großen Stände waren: der Adel, der Klerus und die Stadtbewohner, die allesamt zahlreiche Untergruppen aufwiesen, was insgesamt eine ungeheure Fragmentierung der Gesellschaft mit sich brachte, die dennoch sehr viel deutlicher strukturiert war als zuvor. In einen Stand wurde man hineingeboren und blieb ihm lebenslang zugehörig, unabhängig davon, wie sich die eigenen Verhältnisse oder die der Familie später entwickelten. Die lohnabhängige Arbeiterschaft bildete keinen eigenen Stand. Solange Arbeiter und Arbeiterinnen vom Land kamen und nur zeitweilig in der Fabrik arbeiteten, waren sie Mitglieder des *mir*. Nicht nur die Arbeiterschaft blieb so als Klasse bis in den Weltkrieg hinein weitgehend unsichtbar, dies galt ebenso für die Unternehmerschaft. Unternehmer waren Stadtbewohner, die zu fragmentierten Standesorganisationen von Groß- und Kleinkaufleuten, Bankiers und Industriellen gehörten. Diese waren weitgehend lokal verankert und verfolgten ihre je eigenen Standesinteressen, die sich danach unterschieden, ob sie in Petersburg oder in Moskau, in den polnischen Provinzen, in Sibirien oder im Kaukasus ansässig, ob sie Groß- oder Kleinstädter, Angehörige von russisch-orthodoxen, jüdischen oder sonstigen Religionsgemeinschaften waren (Thatcher 2005a: 5; Rieber 1982: 415ff.).

Je nach dem Stand zu dem man gehörte, verfügte man über umfassende Privilegien (so eine Minderheit der Bevölkerung) oder aber war drückenden Belastungen ausgesetzt (so die Mehrheit), insbesondere bei Steuerpflichten und dem Wehrdienst. Darüber hinaus griff die Standeszugehörigkeit tief ins

Alltagsleben ein. Danach bestimmte sich, wie man angedredet wurde und wie man sich kleidete; zudem war man dadurch in eine bestimmte Kultur und verwandtschaftliche Netzwerke eingebunden. Selbst wenn manche dieser Regelungen im Lauf des 19. Jahrhunderts etwas abgeschwächt wurden, blieben die Stände entscheidend für die Strukturierung der Gesellschaft – der individuelle Besitz oder Nichtbesitz von Produktionsmitteln spielte da zunächst kaum eine Rolle. Das System der *soslovie* wurde erst mit dem *Dekret über die Aufhebung der Stände und der staatsbürgerlichen Rangbezeichnungen* vom 11. November 1917 aufgehoben. Es war das erste Dekret der neuen Revolutionsregierung (BSB 2011).

Wirtschaft und Gesellschaft vor 1914 in Deutschland

Ganz anders als in Russland verlief die Industrialisierung in den deutschen Staaten. Bereits um 1800 war der Anteil der Erwerbstätigen, die als Selbständige oder als landwirtschaftliche ArbeiterInnen in der Landwirtschaft beschäftigt waren, mit 55 Prozent niedriger als in Russland im Jahr 1913 und er nahm im Lauf des 19. Jahrhunderts stetig ab, um vor dem Ersten Weltkrieg 28 Prozent zu erreichen.² Während Russland ein Agrarstaat mit industriellem Annex war, entwickelte sich Deutschland zu einem Industriestaat mit landwirtschaftlichem Annex (Wehler 1995: 618f.). Den entscheidenden Anstoß für Veränderungen gaben die Maßnahmen der Bauernbefreiung, die in einigen deutschen Staaten bereits im Lauf des 18. Jahrhunderts einsetzten und sich mancherorts über das gesamte 19. Jahrhundert hinczogen. Sie bedeuteten, dass persönliche Bindungen wie etwa Gesindezwangsdienste gegenüber den adeligen Grundherren aufgehoben wurden und Bauern nun Boden als ihr Privateigentum erwerben konnten, was für sie allerdings (ähnlich wie in Russland) häufig eine enorme und langandauernde Schuldenbelastung mit sich brachte. Diese tiefgreifenden gesellschaftlichen Umwälzungen erfolgten sehr unterschiedlich in einzelnen Regionen, insgesamt führten sie im Lauf der folgenden Jahrzehnte jedoch zu erheblichen Steigerungen der Produktion und der Arbeitsproduktivität (Henning 1993: 37ff.).

Auslöser des industriellen Aufschwungs in den deutschen Staaten war der Eisenbahnbau seit Mitte des 19. Jahrhunderts, der die Transporte verbilligte und bis dahin isolierte Regionen miteinander verband. Er hatte Rückkopplungseffekte auf die Eisen- und Stahlindustrie, die Kohleförderung und den Maschinenbau, vor allem auf den Bau von Lokomotiven (Wehler 1995: 73f.). Wie Russland waren die deutschen Staaten unter preußischer Führung in der

2 »Anteil der Erwerbstätigen nach Wirtschaftssektoren im Deutschen Reich in den Jahren 1800 bis 1914«, <https://de.statista.com>, August 2012.

zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Kriege verwickelt, konnten diese allerdings siegreich beenden. Sie beförderten die deutsche Einigung, insbesondere der Krieg mit Frankreich von 1870/71, der zur Begründung des Deutschen Kaiserreichs, also zu einer einheitlichen Währung sowie einem sehr viel größeren Verkehrs- und Wirtschaftsraum, außerdem zu enormen französischen Reparationen führte. All dies löste einen gewaltigen Gründerboom aus und leitete, wenn auch mit starken konjunkturellen Schwankungen, die hochindustrielle Wachstumsphase ein. Zwischen den Jahren 1870 und 1914 stieg die deutsche Industrieproduktion auf das Sechsfache, der Wert der deutschen Exporte auf das Vierfache. Die Zeitgenossen beobachteten mit Ehrfurcht oder auch mit Schauern, dass immer mehr große Fabriken entstanden, sei es in der Eisen- und Stahlindustrie oder auch in der elektrotechnischen und chemischen Industrie. Das Handwerk schien auf verlorenem Posten zu stehen, doch galt das nicht allgemein. Wenn die Industrialisierung traditionellen Handwerken wie Webern und Schustern den Garaus gemacht hatte, so waren gerade dadurch auch neue entstanden, etwa die Elektroinstallation. Andere erlebten durch die wachsende Urbanisierung einen Aufschwung, etwa Betriebe von Bäckern und Fleischern, von Wäscherinnen und Näherinnen sowie sämtliche Bauhandwerke (Schmidt 1999: 605ff.).

Trotz dieser vielfachen sozialen Ausfächerungen gilt als unbestritten, dass mit der Industrialisierung im Deutschen Reich eine Klassengesellschaft entstanden ist. Die letzten Reste ständischer Strukturen waren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit der Einführung der Gewerbefreiheit hinweggefegt worden. Die Regulierungen durch Zünfte wurden schrittweise beseitigt, und Preise, produzierte Mengen sowie Lehrlingsausbildung wurden spätestens um 1870 freigegeben. »Der Markt,« schreibt Hans-Ulrich Wehler »verdrängte die traditionellen Mechanismen der Zuweisung von Rang, Prestige und Einfluß, wie sie etwa in den Adelsprivilegien kraft familiärer Herkunft am längsten weiterlebten« (1995: 843). Abgesehen von jener kleinen Gruppe, die in dem zahlenmäßig bescheidenen öffentlichen Sektor oder in kirchlichen Einrichtungen arbeiteten, war nun in erster Linie entscheidend, ob Menschen über Produktionsmittel, seien es Ländereien, kleine oder mittlere Bauernwirtschaften, Handelsgeschäfte, Fabriken oder Werkstätten verfügten, oder aber nichts davon besaßen und sich als ländliche LohnarbeiterInnen, industrielle und handwerkliche ArbeiterInnen, Tagelöhner, Handelsgehilfen oder Dienstboten verdingen mussten. Auch waren die Grenzen zwischen diesen Gruppen nicht mehr standesmäßig festgezurr. Aufgrund zeitgenössischer Statistiken kommt Wehler zu dem Schluss, dass die »städtischen und ländlichen proletarischen und proletaroiden Erwerbsklassen« vor 1914 rund 70 Prozent der Reichsbevölkerung umfassten (ebd.: 846).

Als Gegenpol zum Proletariat entstand eine »übergreifende Klasse des höheren Wirtschaftsbürgertums«, das einen gemeinsamen Nenner im Liberalismus sowie in der Bildungs- und der Nationalstaatsidee fand (ebd.: 190). Dabei blieb das selbstständige Unternehmertum bis zum Ersten Weltkrieg dominant, die Form der Aktiengesellschaft mit angestellten Managern war lediglich in Bereichen wie dem Bergbau und bei Großbanken üblich. In der Eisen- und Stahlindustrie, in der chemischen Industrie und in der Textilindustrie standen am ehesten »Industriekapitäne« an der Spitze – Eigentümer, die ihre Unternehmen auf autokratische oder paternalistische Art leiteten. Mittelgroße Eigentümer-Unternehmen gab es besonders oft im Bauwesen und in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, etwa bei Brauereien, oder im Maschinen- und Apparatebau (Schmidt 1999: 603). Das 19. Jahrhundert gilt als eine Zeit der Vereins- und Verbandsgründungen, die bei den Unternehmen vor allem nach der Reichsgründung zunahmen. Schon vorher gab es zahllose Branchenverbände, danach gründeten sich weitere und 1876 schließlich der Centralverband der Industriellen. Um die Jahrhundertwende entstanden, zunächst ebenfalls auf Branchenebene, Arbeitgeberverbände, wie diejenigen für das Baugewerbe oder für die Braunkohleindustrie, 1913 die zentrale Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

Klassenkämpfe und Ansätze von Klassenkompromissen in Russland bis 1914

Die Arbeitsverhältnisse in der aufkommenden russischen Industrie waren bis in die 1880er Jahre ähnlich katastrophal, wie Karl Marx sie für England in den 1830er Jahren und in den folgenden Jahrzehnten beschrieben hat: Die Löhne reichten kaum zum Überleben, die Arbeitszeiten waren übermäßig, es gab harte Geldstrafen für kleinste Verfehlungen und die Auszahlung der Löhne erfolgte oft willkürlich. Doch seit dieser Zeit kam es zu Veränderungen, wenn auch kaum zu anhaltenden Verbesserungen. In der Öffentlichkeit spielte die »Arbeiterfrage« (wie sie anderswo genannt wurde) keine Rolle, eine solche wurde schlichtweg verneint. Das änderte sich, als es seit 1870 wiederholt zu »Unruhen und Gärungen unter den Arbeitern« kam, die »nur durch Militärgewalt erstickt werden konnten« (Tugan-Baranowsky 1900: 468, 470). Der erste größere Streik fand in diesem Jahr in der Nevskaja Baumwollfabrik statt, 1878 folgte ein solcher der Petersburger Textilarbeiter, 1885 waren es 8.000 Weber in Nokolskoje, die zehn Tage lang die Arbeit verweigerten. Die Verhandlungen gegen die Streikführer machten die katastrophalen Arbeitsbedingungen erstmals publik. Insgesamt waren in den 1870er und 1880er Jahren jeweils etwa 170 Streiks zu verzeichnen, unter anderem in Peters-

burg 1896 in mehreren Fabriken eine wochenlange Streikwelle, an der sich bis zu 30.000 Arbeiter beteiligten. Sie forderten, dass der Arbeitstag von 13 Stunden auf 10,5 verkürzt werden sollte. Diese Ausstände gelten als die ersten Massenstreiks in Russland (Puttkamer 1996: 21, 28f.; Anweiler 1958: 27).

Im Jahr 1882 gab es erstmals ein Gesetz, das die Arbeit von Kindern einschränkte, außerdem wurde ein Regierungsinspektorat ins Leben gerufen. 1885 wurde die Nachtarbeit von Frauen und Jugendlichen verboten, im Jahr darauf verfügt, dass Arbeiter zu festen Terminen und in bar bezahlt werden mussten und verschiedene, bis dahin übliche Abzüge nicht gemacht werden durften. Die Arbeitsverhältnisse sollten also von der bisherigen Willkür befreit und verrechtlicht werden. 1897 wurde für Arbeiter wie für Arbeiterinnen ein Arbeitstag von 11,5 Stunden verfügt. Es gab allerdings auch Rückschritte, wie das Gesetz von 1890, mit dem die Regelungen zur Nachtarbeit von 1885 teilweise wieder aufgehoben wurden. Zudem sah das Gesetz von 1886 drastische Sanktionen für Anführer und Beteiligte von Streiks vor, nämlich mehrmonatige Gefängnisstrafen. Die Abfolge und Mischung von – wenn auch minimalen – Zugeständnissen an die Arbeiterschaft und verschärfter Repression zeigt, dass hier eine spezifische Dynamik der Auseinandersetzungen vorlag. Michail Tugan-Baranowsky zufolge spielten dabei mehrere Akteursgruppen eine Rolle. Gewerkschaften waren verboten und ebenso wenig waren die Unternehmer bis zur Jahrhundertwende organisiert, hatten sich allerdings auf regionaler Ebene lose zusammengeschlossen, wie etwa die Petersburger Fabrikantengesellschaft. Diese Industriellen, die über relativ stark mechanisierte Fabriken verfügten, setzten sich bereits seit den 1870er Jahren für einen achtstündigen Arbeitstag und für ein Verbot der Nachtarbeit ein. Sie versprachen sich davon eine höhere Produktivität, also modernere Formen der Ausbeutung. Demgegenüber beharrten die Moskauer Industriellen, deren Fabriken weniger Anschluss an die modernen Produktionsmethoden gefunden hatten, auf den bisher geltenden Freiheiten der Fabrikbesitzer (Tugan-Baranowsky 1900: 455-483). Die Petersburger Fabrikantengesellschaft sollte lange Zeit die einzige, zudem regional begrenzte Interessensvertretung des Kapitals bleiben. Dieses formierte sich demnach allenfalls in Ansätzen als herrschende Klasse.

So war es vor allem das Innenministerium, das sich für Fabrikgesetze stark machte, was Tugan-Baranowsky zu der Frage veranlasste: »Was bewog denn das allerreaktionärste russische Ministerium, für die Interessen der Arbeiter eine Lanze zu brechen? Nichts als ›Erwägungen höherer Ordnung‹, mit anderen Worten, Befürchtungen vor Arbeiterunruhen.« (ebd.: 497) Dennoch versandeten Vorstöße zu weiteren Verbesserungen nach der Jahrhundertwende und die durchgehend repressive Linie bekam die Oberhand. Eine ge-

werkschaftliche Organisierung war nach wie vor ausgeschlossen, aber seit den ersten Streiks entstanden (illegale) Streikkomitees und (legale) Arbeiterhilfsskassen zur gegenseitigen Unterstützung. Die Massenstreiks führten dazu, dass Behörden und Unternehmer darauf drängten, dass die Streikenden Sprecher wählten, mit denen über die Forderungen der Arbeiterschaft verhandelt werden konnte. Diese ersten Arbeiterausschüsse waren eine Vorform der späteren Sowjets (Anweiler 1958: 27ff.).

Die vielen unorganisierten und spontanen Ausbrüche hatten in Teilen der Regierung die Sorge entstehen lassen, hier könne eine politische Bewegung wie in westeuropäischen Ländern entstehen. Eine solche galt es zu verhindern – was letztlich nicht gelang. Im Jahr 1898 wurde in Minsk die Sozialdemokratische Partei Russlands gegründet, die 1903 etwa 5.000 Mitglieder hatte, sich allerdings bereits fünf Jahre nach ihrer Gründung über strategischen und organisatorischen Fragen aufspaltete, insbesondere, ob sie weiterhin eine Massenpartei sein (so die Menschewiki) oder aber eine Avantgarde von Berufsrevolutionären rekrutieren sollte (so die Bolschewiki).

In den Jahren 1902/03 kam es in Südrussland zu der bisher größten Streikwelle, an der sich etwa 225.000 ArbeiterInnen beteiligten, und bei der erstmals nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Forderungen gestellt wurden (ebd.: 31). Dies war der Auftakt zu den Ereignissen im Januar 1905, als eine Prozession von 150.000 ArbeiterInnen mit ihren Familien zum Petersburger Winterpalais zog. Sie wurden von einem Priester angeführt, schwenkten Kirchenfahnen, trugen Bilder des Zaren und sangen fromme Lieder. Weit davon entfernt, aufrührerische Parolen zu verbreiten, wollten sie lediglich dem Zaren eine Petition überreichen: für grundlegende Freiheiten und das Recht zur Bildung von Gewerkschaften, für Lohnerhöhungen und einen Arbeitstag von acht Stunden. Es war »gleichsam der letzte Appell des patriarchalisch denkenden russischen Arbeiters an den Zaren, bevor er zum modernen Proletarier und Revolutionär wurde.« (Anweiler 1958: 39) Infantaristen eröffneten das Feuer auf die DemonstrantInnen und der »Petersburger Blutsonntag« endete mit Hunderten von Toten und Verletzten. Er führte zu einer Welle von Streiks, Demonstrationen und politischer Organisierung im ganzen Land, bei der sich Keimzellen der Arbeiterbewegung, Angehörige der gebildeten Mittelschichten und Teile des Landadels zu einem »allrussischen nationalen Kampf« zusammentaten (Smith 2017: 60f.).

Es gab in der Folge an die 14.000 Streiks, an denen sich fast drei Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligten, von Metallfacharbeitern und Druckern in den Städten über Arbeiter in den Ölfeldern von Baku bis zu ungelerten Textilarbeiterinnen. Wenn damals und später versucht wurde, diese Arbeitsniederlegungen als entweder ökonomisch oder politisch ein-

zuordnen, so steht dem entgegen, dass diese Unterscheidung häufig nicht zu treffen war, da beide Gründe ineinander übergehen konnten. Zumindest männliche Arbeiter in Großbetrieben konnten einige substanzielle Erfolge erzielen: kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne (ebd.: 88f.).

Im Verlauf dieser Erhebungen entstand in Petersburg erstmals ein Sowjet, der Rechte und Pflichten einer (lokalen) revolutionären Regierung übernahm, indem eine Miliz aufgestellt wurde und Lebensmittel verteilt wurden. In der Folge wuchsen solche Sowjets wie Pilze aus dem Boden und wurden in rund 50 Städten gegründet (ebd.: 63ff.). Anders als es die spätere sowjetrussische Geschichtsschreibung vertrat, waren sie weder damals noch in den folgenden Jahren eng mit der bolschewistischen Partei verbunden, und gerade deshalb populär, weil sie sich als parteipolitisch neutral verstanden. Dies entsprach dem politischen Bewusstsein der Mehrheit der Industriearbeiterschaft, die sich bis zu den Ereignissen von 1917 wenig für Parteien, und schon gar nicht für den Sozialismus interessierten, dafür aber reichlich kollektive Erfahrungen hatten. In den Städten wohnten und aßen die meisten Arbeiter, jedenfalls die weniger qualifizierten und schlechter bezahlten, zusammen in Gemeinschaftsunterkünften, besuchten regelmäßig Tavernen und tranken dort gemeinsam (Thatcher 2005a: 3; 2005b: 103, 107). Wenn sie in ihre ländlichen Heimatgemeinden zurückkehrten, waren sie dort nach wie vor Mitglieder des *mir*.

Die Sowjets hatten untereinander kaum Kontakt. Sie stellten vielmehr Betriebsräte einzelner Fabriken dar und pflegten eine Art »Fabrikpatriotismus« (Hildermeier 1990: 518). Ihre Hauptforderungen hießen: Konstituierende Versammlung und Achtstundentag, nicht aber, die politische Macht zu übernehmen, also ein Rätssystem zu etablieren. Wenn sie Forderungen entwickelten, die über den eigenen Arbeitsplatz hinausgingen, dann war das nicht, weil diese in überregionaler Koordination entstanden waren, sondern weil sie weitverbreiteten Bedürfnissen entsprachen (Anweiler 1958: 24, 47, 65, 71).

Unabhängig davon kam es in diesen Monaten außerdem zu Hunderten von Bauernaufständen, die sich meist gegen Großgrundbesitzende richteten und bei denen Bauern Gutshöfe niederbrannten und plünderten. Ein weiterer Unruheherd bestand schließlich im zaristischen Militär selbst, nämlich bei der Marine der Schwarzmeerflotte, wo die Matrosen des Panzerkreuzers *Potemkin* im Juni des Jahres wegen miserabler Verpflegung und schlechter Behandlung gegen ihre Offiziere rebellierten (Smith 2017: 67f.). Russland, schreibt Manfred Hildermeier, »erlebte 1905 seinen Sturm auf die Bastille – einen breiten, von Arbeitern, Bauern, Intelligenz und Teilen des Adels getragenen Angriff auf die autokratische Herrschaft, dem es freilich an der letzten Kraft fehlte.« (Hildermeier 1990: 527).

Der Zar meinte sich bis dahin dazu berufen, dank des ihm verliehenen Gottesgnadentums jegliche politischen Konzessionen abzulehnen. Angesichts des allgemeinen Aufruhrs sah er sich nun gezwungen, der Bevölkerung in einem Manifest vom Oktober 1905 erstmals Bürgerrechte zu garantieren und eine gesetzgebende Versammlung, die Duma, einzuberufen (Smith 2017: 63ff.). Das Ergebnis war ein »hohler Konstitutionalismus« (Thatcher 2005a: 6). Gewerkschaften wurden nun zugelassen, bisher illegale Parteien legalisiert. Doch bald wendete sich das Blatt und die Opposition wurde wieder gnadenlos verfolgt. Mit äußerster Gewalt gingen russische Truppen vor, wenn es zu weiteren Streiks, Demonstrationen und Landbesetzungen kam oder um nationalen Separatismus ging (Smith 2017: 70f., 75ff.).

Die Jahre seit dem Oktobermanifest waren von politischer Instabilität geprägt. Der Zar, der Ministerrat und die Duma arbeiteten in der Regel gegeneinander, und sowohl die erste wie die zweite Duma wurden nach kurzer Zeit aufgelöst, nur die dritte hatte längeren Bestand. Jegliche Reformen des Justizsystems sowie bei Bildung und Erziehung, nicht zu reden von den Arbeitsverhältnissen, unterblieben (ebd.: 80). Dennoch war das Jahrzehnt nach 1905 auch eine Zeit, in der das öffentliche Leben einen bedeutenden Aufschwung erlebte. Unzählige Vereinigungen nutzten die ihnen auf dem Papier zugestandene Meinungs- und Versammlungsfreiheit und diskutierten Reformen des Gesundheitssystems, des Polizeiwesens oder der Rechte von Frauen. Dieser Aufschwung schlug sich in einer wachsenden Vielfalt von unterschiedlichsten Publikationen nieder, die von Groschenblättern bis zu politischen Zeitungen aller Richtungen reichten (ebd.: 84).

Ab 1911 setzte trotz massiver Repression eine neue Streikwelle ein. Sie wurde von einem Ereignis ausgelöst, das Erinnerungen an den »Petersburger Blutsonntag« wachrufen musste. Die sibirische Goldminengesellschaft Lena war berüchtigt für die katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen: überlange Arbeitszeiten, fehlende Sicherheitsvorkehrungen, willkürliche Strafen sowie den Zwang, eine vom Betrieb geführte Kantine zu nutzen. In diesem Jahr wollte die Geschäftsleitung die Löhne kürzen und stattdessen Gutscheine für die Kantine verteilen. Als dort verdorbenes Pferdefleisch ausgegeben wurde, war dies der Zündfunke, der den lang angestauten Unmut zur Explosion brachte. 6.000 Minenarbeiter legten die Arbeit nieder und setzten den Streik mehrere Wochen bis zum März 1912 fort, worauf die Direktion Militär anforderte. Wiederum kam es zu einem blutigen Massaker mit Hunderten Toten und Verletzten. Obwohl sich all dies im fernen Sibirien ereignet hatte, verbreiteten sich die Nachrichten darüber wie ein Lauffeuer und überlagerten damit sogar diejenigen über den Untergang der *Titanic*, der just damals bekannt wurde. Sie führten zu Streiks und Demonstrationen im ganzen

Reich. Am 1. Mai gingen eine halbe Million Menschen auf die Straße. Selbst vonseiten des liberalen Unternehmerlagers wurde das brutale Vorgehen der Polizei verurteilt. Die Massenstreiks hielten auch 1913 und in der ersten Hälfte von 1914 an, als 1,25 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter an ihnen beteiligt waren und ein neues Niveau an Militanz erreicht wurde (Llewellyn u.a. 2019b; Melancon 2014b: 2; Hildermeier 1990: 522). Nirgendwo in Europa gab es in den Jahren ab 1905 so intensive Streikaktivitäten wie in Russland. Es war eine Phase von spontanen Klassenkämpfen, wenngleich sich die dabei beteiligten Klassen noch nicht als solche organisatorisch konstituiert hatten.

Klassenkämpfe und Klassenkompromisse im Deutschen Reich bis 1914

In deutschen Fabriken waren die Arbeitsverhältnisse bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts ähnlich katastrophal wie im damaligen Musterland der Industrialisierung, in England. In den folgenden Jahrzehnten kam es jedoch zu kürzeren Arbeitszeiten und seit den 1870er Jahren zu steigenden Reallöhnen. Kinderarbeit wurde seit 1839 in Preußen gesetzlich eingeschränkt, ab 1878 insgesamt im Deutschen Reich. 1891 wurde der Arbeitstag für Frauen in Fabriken auf elf Stunden begrenzt. Entscheidend für diese Veränderungen war die wachsende Organisation der Arbeiterschaft. Bereits in den 1840er Jahren entstanden Arbeitervereine, die entweder, wie der Bund der Kommunisten unter Marx und Engels, revolutionäre Ziele verfolgten oder auch Unterstützungsvereine einzelner Berufsgruppen darstellten, durch die Arbeitern in Notlagen, bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit bis hin zur Bezahlung der Begräbniskosten geholfen werden sollte. Sie stießen bald auf staatliche Repression, aber seit Anfang der 1860er Jahre garantierte der preußische König neben der Gewerbe- auch die Koalitionsfreiheit und es kam zu einem Aufschwung politischer und gewerkschaftlicher Vereinigungen. Berufsorganisationen der Buchdrucker und Zigarrenarbeiter hatten dabei bereits eine längere Tradition, Metall-, Berg- und Hüttenarbeiter folgten ihnen. In den Jahrzehnten danach war die Intensität der Organisation schwankend, aber alle Richtungsgewerkschaften zusammen kamen um die Jahrhundertwende bereits auf etwa 850.000 Mitglieder, kurz vor dem Ersten Weltkrieg auf rund drei Millionen. Bei den Freien Gewerkschaften verzehnfachte sich die Zahl der Mitglieder in den zwei Jahrzehnten vor 1914. Parallel dazu stieg auch die Zahl der Arbeitsniederlegungen an, insbesondere während des Gründerbooms mit einem Höchststand im Jahr 1872. Sie gingen in der folgenden Depressionsphase zurück, nahmen jedoch mit dem Aufschwung seit Mitte der 1890er Jahre kontinuierlich zu (Schneider 1989: 494, 498).

Aus den Arbeitervereinen entstanden parallel dazu auch politische Organisationen, so 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein unter Ferdinand

Lassalle, der eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft vor allem darin sah, dass diese Produktionsgenossenschaften gründen sollten. Ebenfalls 1863 wurde ein Dachverband von Arbeiterbildungsvereinen ins Leben gerufen, der unter der Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht sozialdemokratische Ziele verfolgte und gewerkschaftlichen Organisationen nahestand. Daraus entstand 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die die »Errichtung des freien Volksstaats« anstrebte. 1875 vereinigten sich beide Organisationen zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Angesichts der Popularität der neuen Partei und der erfolgreichen Gewerkschaftsaktionen schienen Reichskanzler Bismarck die bisherigen Kräfteverhältnisse zunehmend ins Wanken zu geraten und er initiierte 1878 das sogenannte Sozialistengesetz, das bis 1890 immer wieder verlängert wurde. Damit wurde zwar jegliche Vereins- und Öffentlichkeitsarbeit der Arbeiterbewegung verboten, aber sozialdemokratische Kandidaten konnten bei Reichstagswahlen nach wie vor antreten – und ihre Wahlerfolge hielten an. Das führte bei führenden Sozialdemokraten mehr und mehr zur Überzeugung, der weitere Aufstieg ihrer Partei sei unaufhaltsam, sie repräsentiere die Vorhut der internationalen Arbeiterbewegung und die Revolution würde ihr eigentlich von selbst in den Schoß fallen (Lehnert 1983: 83). Die meisten Sozialdemokraten erwarteten, eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und ihre politische Beteiligung im bestehenden »Klassenstaat«, und nicht erst im zukünftigen »Volksstaat« zu verwirklichen. In diese Richtung schien manchen auch die bismarcksche Einführung der Ansätze einer Sozialversicherung zu weisen, wenngleich diese angesichts dürftiger Leistungen in der Arbeiterbewegung umstritten blieb.

Trotz aller markigen Rhetorik auf beiden Seiten entstand zwischen VertreterInnen der Arbeiterbewegung und Bürgerlichen rund um die Jahrhundertwende eine neue Kultur des Kompromisses. Ein Mittel dazu, das insbesondere im Bereich der kleineren und mittleren Betriebe Anwendung fand, waren Tarifvereinbarungen mit den Unternehmern. Dabei gelten die Buchdrucker als »Pioniere der Tarifpolitik«. Seit Ende der 1890er Jahre gab es vor allem im Baugewerbe immer häufiger Tarifverträge, was in der Arbeiterschaft als ambivalent angesehen wurde, denn diese Vereinbarungen regelten nicht nur Löhne und Arbeitszeiten, sondern hatten auch einen Pferdefuß: die Zustimmung zur Akkordarbeit. Auf Unternehmerseite waren Tarifverträge noch umstrittener. Großen Unternehmen erschienen sie undenkbar und sie beharrten auf ihrem Standpunkt des »Herren im Haus« sowie den bisherigen Einzelverträgen, aber viele Handwerksbetriebe sahen sie als Maßnahme gegen »Schmutzkonkurrenz« durch gegenseitiges Unterbieten. Sie schützten sich auf diese Art vor Streiks, hatten Kalkulationssicherheit und konnten Termine einhalten. Gab es 1905 Tarifverträge für fast 500.000 Beschäftigte,

so galten solche 1913 bereits für 1,4 Millionen Beschäftigte. Insgesamt hatten die Freien Gewerkschaften bis 1914 für mehr als ein Drittel ihrer Mitglieder Tarifverträge vereinbart, mit denen eine Arbeitszeit von neun Stunden festgeschrieben wurde (Ullmann 1977: 97f., 193).

Aber auch dort, wo es nicht zu regionalen oder überregionalen Tarifverträgen kam, war die Arbeiterschaft in der Lage, kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne durchzusetzen, was insbesondere im Konjunkturaufschwung ab 1900 gelang. Dies verdankte sich regen Streikaktivitäten. Es gab kein Jahr ohne größere Ausstände und im besonders streikintensiven Jahr 1905 waren mehr als 500.000 Arbeiterinnen und Arbeiter daran beteiligt. Vertreter des Großkapitals griffen bei größeren Streiks häufig zu Massen-Aussperrungen, und fallweise forderten sie Militär zur Unterstützung an. Dennoch fanden auch sie sich häufig zu Verhandlungslösungen bereit. Denn in diesen Jahren gab es einen bemerkenswerten neuen Trend, der in der Streikstatistik eigens vermerkt wurde: die »Bewegungen ohne Arbeitseinstellung«. Damit war gemeint, dass ein Streik angedroht, aber letztlich nicht umgesetzt wurde, da die Unternehmerseite angesichts voller Auftragsbücher und knapper Arbeitskräfte zu Kollektiv-Vereinbarungen bereit war. Derartige »kampflose« Bewegungen wurden ab 1905 immer häufiger (Schneider 1989: 105, 498f.; bpb 2012).

Ein weiteres Instrument des Klassenkompromisses, das vor 1914 zumindest ansatzweise entwickelt wurde, waren Arbeiterausschüsse in den Betrieben, die überwiegend mit Wohlfahrtsfragen befasst waren. In Bergwerken standen sie in der Tradition der früheren Selbstverwaltung durch Knappschaften und wurden dort nach dem großen Streik von 1905 obligatorisch. Demgegenüber wehrten sich andere Unternehmen mit Händen und Füßen gegen eine derartige Mitbestimmung der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften verhielten sich ihr gegenüber aufgeschlossen, aber die Sozialdemokratie lehnte sie rundweg ab, da sie darin nichts als ein neues perfides Herrschaftsinstrument des Kapitals sah, das die Einheit der Arbeiterklasse aufsprengen sollte. So blieb ihre Verbreitung begrenzt, und in der betrieblichen Praxis erwiesen sich die wenigen Arbeiterausschüsse meist als recht wirkungslos. Ihre Bedeutung sollte sich im Lauf des Weltkrieges entscheidend ändern (Teuteberg 1961: 302ff., 527ff.).

Radikalisierte Klassenkämpfe in Russland ab 1914

Mit Beginn des Krieges hörten die Streiks in Russland auf. Was die Arbeiter von ihnen abhielt, war einerseits die Befürchtung, zum Militär eingezogen zu werden, andererseits eine Welle des Patriotismus, die das Land überschwemmte und zunächst selbst die Arbeiterschaft ergriff. Solange sie

anhielt, hatten auch die revolutionären Parteien schlechte Karten. Sogar in Petersburg gab es kaum noch mehr als einige hundert Aktivisten. Ähnlich sah es bei den Gewerkschaften aus (Albert 2017: 3). Wenn es, wie in anderen Ländern, nach dem Beginn des Krieges zunächst zu einem scheinbaren »Burgfrieden« kam, war dieser von Anfang an sehr viel brüchiger. Mehr und mehr kamen viele zu der Überzeugung, patriotisch zu sein, hieße nicht, das Zarentum zu unterstützen, sondern im Gegenteil, sich gegen dieses zu wenden (ebd.: 2; Melancon 2014b: 3).

Wenngleich alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft in den Untergrund abgedrängt waren, blieben Arbeitern und Arbeiterinnen dennoch gewisse Gelegenheiten, offiziell zusammen zu kommen: in Vereinen für Krankenversicherung und Arbeiterbildung sowie in ihren Genossenschaften. Wirklich bedeutsam und Brennpunkt aller folgenden politischen Aktionen gegen das zaristische Regime wurden jedoch die Arbeitergruppen in den Kriegsindustriekomitees. Sie waren entstanden, weil liberale Kaufleute und Industrielle seit Beginn des Krieges zunehmend unzufrieden damit waren, dass Rüstungsaufträge an wenige staatliche oder staatsnahe Unternehmen vergeben wurden und die Versorgung des Heeres zudem durch die schwerfällige Bürokratie behindert wurde. So wurden die Niederlagen an der galizischen Front im Frühjahr vor allem dadurch erklärt, dass es massive Probleme des Nachschubs von Munition gab. Um all dies zu verändern und auch einen größeren Anteil an den Rüstungsausgaben zu erhalten, riefen Petersburger Metallindustrielle 1915 ein Zentrales Kriegsindustriekomitee ins Leben, das in der Folge mehr als 200 lokale Ableger bekommen sollte. Die Schaffung dieses Kriegskomitees zeigte zweierlei. Zum einen stellte es einen ersten Versuch der Unternehmerschaft dar, sich jenseits ihrer bisherigen Standesorganisationen gemeinsam zu organisieren. Allerdings waren die Kapitalvertreter selbst in dieser Situation nicht in Lage, ein gemeinsames Programm zu den zentralen Konfliktpunkten zu formulieren: zu ihrem Verhältnis zum Zarentum wie zur Arbeiterschaft. Das anhaltende Desinteresse der Unternehmer wurde auch darin sichtbar, dass nur die wenigsten von ihnen an den Sitzungen überhaupt teilnahmen (Rieber 1982: 382). Zum anderen wurde hier, um die industrielle Schlagkraft zu erhöhen, auch die Arbeiterschaft einbezogen – ein bis dahin einzigartiges Angebot der Mitbestimmung, das von linken Sozialisten empört abgelehnt, von vielen moderaten Sozialisten aber begrüßt wurde. Die Arbeitergruppen entwickelten sich indes anders, als es gedacht war, da die Arbeitervertreter die relativ freien Diskussionsmöglichkeiten in ihrem Sinn nutzten und sich auch nicht in die Bemühungen um die Bewahrung des sozialen Friedens seitens der Industriellen einspannen lassen wollten. Gerade diese Arbeiter spielten in der Fol-

ge eine zentrale Rolle, insbesondere im Petrograder Sowjet und bei den Demonstrationen ab 1916 (Smith 2017: 119; Melancon 2014b: 9f; Peeling 2014).

Ab dem Winter 1916 war in Heer und Marine eine wachsende Kriegsmüdigkeit festzustellen, die vor allem mit der schlechten Verpflegung und Versorgung mit Bekleidung sowie unzureichendem Fronturlaub zu tun hatte. Auch bei der Zivilbevölkerung machte sich mehr und mehr Unzufriedenheit wegen fehlender Brennstoffe und Lebensmittel breit. In den Betrieben wurden Arbeitstage von zehn Stunden oder länger üblich und eine extrem rigide militärische Disziplin eingeführt, wobei die Reallöhne sanken. Es kam zu Unruhen, die vor allem durch Frauen und Jugendliche angeführt wurden. An den Streiks, vor allem in Petersburg und Moskau, waren 1916 etwa 25 Prozent aller Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligt. Häufig ging es dabei nicht nur um die desolate Versorgungslage, sondern auch um politische Forderungen, die sich gegen die autokratische Herrschaft richteten, insbesondere die Beendigung des Krieges, dies allerdings nicht um jeden Preis. Denn einen Sieg der Deutsch-Österreicher über das eigene Vaterland wünschte man sich nun auch wieder nicht (Smith 2017: 117ff.; Melancon 2014b: 4, 7ff., 10).

Die Arbeitsniederlegungen nahmen Anfang 1917 weiter zu. Der Petersburger »Blutsonntag« war nicht vergessen und zur Erinnerung an die brutale Repression wurde am 5. Januar ein Streik ausgerufen, an dem sich mehr als ein Drittel der Petersburger Arbeiterschaft beteiligte. Am 23. Februar, am Internationalen Frauentag, fand abermals eine Demonstration gegen die Brotknappheit statt, an der sich Textilarbeiterinnen und Hausfrauen, aber auch ausgesperrte Metallarbeiter beteiligten. Als sich die Demonstrationen in den nächsten Tagen ausweiteten, schossen, wie bisher so oft, Soldaten in die Menge. Dennoch schlossen sich nun 170.000 Soldaten den Aufständischen an. An dem folgenden allgemeinen Aufruhr waren Oppositionsabgeordnete der Duma wie auch Kämpfer der sozialistischen Parteien beteiligt. Innerhalb von nur zwölf Tagen zerfiel das autokratische Regime. Die Februar-Revolution fegte die 300 Jahre andauernde Herrschaft der Romanows hinweg, und der Zar dankte ab (Smith 2017: 121ff.).

In der neuen Provisorischen Regierung saßen frühere Duma-Abgeordnete, vor allem Vertreter des Liberalismus, Freiberufler und Geschäftsleute. Die tatsächliche Macht lag dagegen bei Hunderten von Sowjets, der gewählten Vertretung der ArbeiterInnen und Soldaten, in denen Menschewiki und Sozialrevolutionäre das Sagen hatten, während die Bolschewiki die Minderheit bildeten. Diese Sowjets waren seit dem Februar massenhaft entstanden, repräsentierten etwa ein Drittel der russischen Bevölkerung und kontrollierten die lokalen Verwaltungen. Die Doppelherrschaft von Regierung und Sowjets existierte jedoch nur in der Hauptstadt, in den Provinzen entstanden Orts-

komitees, in denen ArbeiterInnen und Soldaten wie auch BildungsbürgerInnen die Lebensmittelversorgung organisierten und die öffentliche Ordnung regelten (Smith 2017: 125ff.).

Ein gemeinsamer Nenner von ärmeren Bauern und Bäuerinnen, von ArbeiterInnen und einfachen Soldaten bestand im allgemeinen darin, dass sie sich als »die da unten« sahen, denen sozialistische Parteien aller Art Hoffnungen auf das Ende von Hunger und Not, Entrechtung und Missachtung versprachen. Wie der Umsturz aussehen und wen er treffen sollte, konnte man sich dabei ganz unterschiedlich vorstellen, je nachdem, welche Autoritäten man als »die da oben« sah: »Grundbesitzer, Arbeitgeber, Offiziere, Regierungsbeamte, die Polizei und manchmal sogar Priester, Dorfvorsteher oder Vorarbeiter« (Smith 2017: 159). Was die Soldaten wollten: sich der entwürdigenden Befehlsstrukturen und Schikanen im militärischen Alltag entledigen, außerdem einen raschen Frieden. Was die Bauern und Bäuerinnen wollten: eine neue Verteilung von Grund und Boden. Was die Arbeiterschaft wollte: den Achtstundentag, Lohnerhöhungen, die repressiven Betriebsordnungen in den Betrieben abschaffen. Die Doppelherrschaft der bürgerlichen Regierung und der von ArbeiterInnen und Soldaten gewählten Sowjets geriet nach nur wenigen Wochen über die Frage der Fortsetzung des Krieges in die Krise. In der Armee wurden vermehrt Anstrengungen unternommen, den Krieg siegreich zu beenden. Eine im Juni gestartete Offensive scheiterte allerdings und brachte dem Lager der KriegsgegnerInnen weiteren Zulauf (Smith 2017: 142ff.).

Doch auch im Inneren verschärfte sich die wirtschaftliche Situation dramatisch, worauf Regierung und Unternehmer nicht anders als mit erhöhter Repression zu antworten wussten. Der Slogan »Alle Macht den Räten« wurde immer populärer, aber nicht alle verstanden darunter dasselbe. Ein gemeinsamer Nenner (auch bei vielen Bolschewiki) war, dass die Regierungskoalition aufgelöst, die in den Sowjets vertretenen Parteien eine provisorische Regierung bilden und eine Verfassunggebende Versammlung einberufen werden sollten. Es kam anders. Am 24. Oktober besetzten bolschewistische Militäreinheiten und Rote Garden Brücken, Bahnhöfe und andere strategisch wichtige Punkte, am 25. Oktober das Winterpalais. Am folgenden Tag wurde der Zweite Kongress der Sowjets eröffnet, der die Machtergreifung der Bolschewiki ratifizieren sollte. Doch die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre befürchteten einen Bürgerkrieg und verließen demonstrativ die Sitzung (Smith 2017: 168ff., 175ff.). Am 26. Oktober bildeten die Bolschewiki eine neue Regierung, den Rat der Volkskommissare, den sie zunächst alleine beherrschten, nach weiteren Unruhen aber Repräsentanten der Sozialrevolutionäre (die als Vertretung der Bauernschaft galten) aufnahmen. Die

Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung brachten keine Mehrheit für die Bolschewiki. Im Januar 1918 trat die Versammlung zusammen und beriet sich vor allem über Probleme des Friedens und der Landreform – nicht jedoch über das Prinzip der Sowjetmacht. Es sollte die letzte Sitzung dieses Gremiums sein. Von da an hatten weder die Sowjets noch andere Parteien mehr etwas zu sagen (Smith 2017: 182f.).

Nicht, wie konservative Historiker mit ihrer »Entwurzelungsthese« gerne argumentierten, »spontane Emotionen«, »blinde Wut und fremdgesteuerte Empörung« trieben das russische Proletariat an, sondern, wie neuere sozialgeschichtliche Untersuchungen gezeigt haben, »kalkulierte Interessenvertretung innerhalb der gegebenen, sich rasch verändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen bestimmten ihre Handlungen.« (Hildermeier 1990: 528). Dabei standen die Parteien, insbesondere die bolschewistische Avantgarde, seit dem Februar keineswegs an der Spitze der Bewegung. Diese organisierte und koordinierte sich vielmehr über die Gewerkschafts- und Fabrikzellen. Erst ab dem Sommer war es den Bolschewiki gelungen, eine Anhängerschaft um sich zu scharen, die den Oktobercoup möglich machte. Es fand also eine zunehmende Radikalisierung der Arbeiterschaft statt, die sich vor allem daran zeigte, wie sich ihre Forderungen gegenüber dem Management der Fabriken verschoben. Wollten die Sowjets zunächst nur bei Personalentscheidungen der Unternehmer, insbesondere bei Einstellungen und Entlassungen, mitbestimmen, so gingen sie in diesen Monaten dazu über, auch bei Finanzen, Organisation und Produktionsplanung mitreden zu wollen. Nun stellten die Unternehmer selbst die bisherigen Zugeständnisse infrage und verhielten sich genau so, »wie es die sozialistischen Agitatoren seit Jahr und Tag vorausgesagt hatten.« (ebd.: 532). Die Arbeiterschaft in den Sowjets sah, dass sie als Klasse entweder aufgerieben wurde oder die Dinge selbst in die Hand nehmen musste. Dies war der Zeitpunkt, von dem an man von einem »Klassenbewusstsein« sprechen kann (ebd.: 533). Doch die Bolschewiki hatten spätestens seit dem Winter 1917/18 kein Interesse mehr an Bewegungen von unten. Die Sozialisierung der Produktion sollte ausschließlich von oben erfolgen.

Stillgelegte und wieder aufflammende Klassenkämpfe im Deutschen Reich ab 1914

Im Deutschen Kaiserreich verliefen die ersten Jahre des Krieges dank der offiziellen Politik des »Burgfriedens« anders als in Russland. Unter der Devise »Nieder mit dem Krieg!« hatten die Sozialdemokraten wiederholt Massenversammlungen gegen drohende Kriegsgefahren veranstaltet und nach

dem Attentat von Sarajewo in zahlreichen Städten Friedensdemonstrationen organisiert. Hunderttausende waren es in Berlin, allein im Treptower Park 200.000 Menschen – die größte Demonstration, die die deutsche Arbeiterschaft bis dahin auf die Beine gestellt hatte (Käppner 2017: 81). Als Wilhelm II verkündete, er kenne nun »keine Parteien« mehr, »nur noch Deutsche«, gaben die Sozialdemokraten ihre internationalistische Orientierung jedoch auf und stimmten im Reichstag den ersten Kriegskrediten zu. Sie versprachen sich davon, auf diese Art ihr Überleben als Partei zu sichern. Ähnlich sah es für die Gewerkschaften aus, die bereit waren, auf Arbeitskämpfe zu verzichten, um ihre Organisationen zu retten. Die patriotische Pflichterfüllung sollte nun im Vordergrund stehen und im Gegenzug würde man endlich als legitimer Bestandteil der Gesellschaft anerkannt werden (Schneider 1989: 116ff.).

Bald zeigte sich, dass diese Zugeständnisse sich in keiner Weise bezahlt machten. Die Löhne stiegen zwar nominal, sanken jedoch real und vor allem die Versorgung mit Lebensmitteln wurde immer schlechter, ihre Verteilung immer ungleichmäßiger. Auch das preußische Dreiklassen-Wahlrecht blieb entgegen einer kaiserlichen Ankündigung von 1917 weiterhin bestehen. Bereits im Oktober 1915 kam es in Berlin erstmals zu Lebensmittelkrawallen, bei denen Arbeiterfrauen lautstark protestierten. Auch in anderen Städten gingen Menschen für »Frieden und Brot« auf die Straßen. Selbst Streiks blieben nicht aus. Sie wurden ab 1915 von Jahr zu Jahr häufiger und 1917 nahmen weit mehr als eine halbe Million Arbeiterinnen und Arbeiter an ihnen teil (ebd.: 132). Die Sozialdemokratische Partei spaltete sich 1917 über diesen Ereignissen in die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD).

Sowohl Sozialdemokraten wie Gewerkschaften sahen sich ab 1915 mehr und mehr in die staatspolitische Mitverantwortung einbezogen, was sie als Erfolg ihrer Stillhaltepolitik interpretierten. Einige ihrer Vertreter wurden in militär- und versorgungswirtschaftliche Ausschüsse und Ämter berufen, und außerdem, als 1916 das Hilfsdienstgesetz verabschiedet wurde, einige gewerkschaftliche Forderungen berücksichtigt. Mit diesem Gesetz wurde auf Betreiben der Unternehmen eine Arbeitspflicht für über 16-jährige Männer festgelegt, während entgegen ihren Wünschen in allen größeren kriegswichtigen Betrieben Arbeiterausschüsse einzurichten waren, an denen die Arbeitervertreter paritätisch zu beteiligen waren. Gerade die heftige Ablehnung durch Unternehmer, die den Horror eines »Gewerkschafts-Hilfsgesetzes« beschworen und ihren traditionellen Alleinbestimmungs-Anspruch gefährdet sahen, bestärkte die Gegenseite darin, dass sie hier einen durchschlagenden Terraingewinn erzielt hatte (Schneider 1989: 125ff.): »Die vielfach als Erfolg gewertete Anerkennung der Gewerkschaften war nur um den Preis ihrer

fortschreitenden Einbindung in das Herrschaftssystem des Wilhelminischen Kaiserreichs zu erreichen, für dessen Politik sie Mitverantwortung und – in den Augen einer wachsenden Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen – auch Mithaftung übernahmen.« (ebd.: 126) Bei der Arbeiterschaft führte dies zu einer Polarisierung. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die ab 1913 erheblich zurückgegangen war, nahm ab 1917 wieder zu. Gleichzeitig formierte sich aber verstärkt außergewerkschaftlicher Massenprotest (ebd.: 126ff.).

Im Zuge der Streiks von 1917 entstanden unter dem Druck der Belegschaften in der Rüstungsindustrie Gruppen der »revolutionären Obleute«, die politisch der USPD nahestanden und das Konzept der Räte nach russischem Vorbild vertraten. Im Januar 1918 kam es zu den bisher größten Streiks, an denen rund eine Million Menschen teilnahmen. Sie gingen von Berliner Rüstungsbetrieben und ihren Arbeiterräten aus, die nicht nur eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln und das Ende des Krieges verlangten, sondern einen Friedensschluss ohne Annexionen und Reparationen, außerdem das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Der Massenstreik erfasste in den folgenden Tagen auch Werften und Kohlezechen in ganz Deutschland. In den Aktionsausschuss wurden nicht nur Vertreter der USPD, sondern auch der MSPD gewählt, die dann vergeblich versuchten, bei der Reichsregierung zu vermitteln. Doch nach wenigen Tagen brach der Aufstand angesichts der Säbel der Gendarmen und der massenhaften Verhaftungen zusammen. Es kam zu Zwangseinberufungen und willkürlichen Urteilen der Militärjustiz (Käppner 2017: 132, 180).

In den folgenden Monaten wagte die Arbeiterschaft keinen neuen Aufstand, doch die militärische Situation spitzte sich zu und erwies sich für die Deutschen ab dem Sommer als aussichtslos. Dennoch war die Oberste Heeresleitung erst Ende September bereit, dies anzuerkennen und einem Waffenstillstand zuzustimmen. Der Funke für die Revolution wurde Ende Oktober durch Kieler Matrosen gezündet, die gegen Befehle zum Auslaufen meuterten, als bereits Friedensverhandlungen in Gang waren. In den folgenden Tagen entstanden reichsweit Arbeiter- und Soldatenräte. Es kam zu einem Generalstreik, auf den, als Voraussetzung für einen Waffenstillstand, die Abdankung des Kaisers folgte. Die jahrhundertalte Herrschaft der Hohenzollern brach in ähnlich kurzer Zeit zusammen wie zuvor die der Romanows in Russland, und die Exekutivgewalt wurde einer Regierung der Volksbeauftragten unter dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert übergeben. Die politische Gewalt lag bei den improvisierten Arbeiterräten, die Sicherheit und Ordnung des öffentlichen Lebens, insbesondere die Lebensmittelversorgung, aufrechterhielten. Obwohl sie mehrheitlich an der MSPD orientiert waren, wurden sie von den Sozialdemokraten in der Regierung mit wachsendem Argwohn betrachtet.

Im Dezember wurde in Berlin ein Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte einberufen, bei dem entschieden werden sollte, ob die Republik durch eine Nationalversammlung oder als Räterepublik konstituiert werden sollte. Die MSPD-nahe Mehrheit entschied sich für die Nationalversammlung. Der Kongress forderte allerdings auch, dass neben der Sozialisierung von Schlüsselindustrien eine weitere zentrale Forderung der Arbeiterbewegung umgesetzt werden sollten: eine demokratische Volkswehr. Tatsächlich wurde verabschiedet, dass ein Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte die militärische Kommandogewalt kontrollieren sollte, doch in der Praxis zeigten die folgenden Monate, dass die Mehrheits-SPD aus Angst vor »russischen Verhältnissen« mit der bisherigen Obersten Heeresleitung paktierte und die Entmachtung des wilhelminischen Militärapparats sabotierte (ebd.: 224ff., 299ff.). Regierungstruppen wurden nunmehr wiederholt gegen Aufständische eingesetzt, insbesondere gegen die Anhängerschaft des Spartakus-Bundes, dem linken Flügel der USPD, der sich im Dezember 1918 als eigenständige Organisation abgespalten hatte, beim Rätekongress keine nennenswerte Rolle spielte, aber weiterhin für eine gesamtdeutsche Räterepublik eintrat. Die Verfolgung gipfelte in der brutalen Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1919.

Fazit: Radikalisierte und stillgelegte Klassenkämpfe

In Russland hat das zaristische autokratische Regime bis 1905 jegliche Organisation der Arbeiterschaft verhindert, und auch ihre potenzielle Gegenseite, die Unternehmen, zeigten sich mit ihren ständischen Traditionen lokal zersplittert und ebenso wenig imstande, sich zu organisieren. Vereinzelt Forderungen von Unternehmern nach einer Modernisierung der patriarchalen Verhältnisse zugunsten von Verhandlungslösungen konnten sich nicht durchsetzen. So kam es allenfalls auf Betriebsebene auf punktuellen Vereinbarungen, während es den staatlichen Organen überlassen blieb, in die Auseinandersetzungen der Kontrahenten einzugreifen. Zwar gab es zumindest bis zur Jahrhundertwende einige ministerielle Anläufe, die trostlose Lage der Arbeiterschaft, die oftmals den zuvor abgeschafften Verhältnissen der Leibeigenschaft ähnelte, zu verbessern. Doch letztlich setzte sich die repressive Linie durch: ein *Klassenkampf von oben*, bei dem das Militär stets mit Unnach-sichtigkeit und Gewalt vorging. Daran änderte sich auch durch die konstitutionalistische Fassade seit 1905 nichts, selbst wenn nun Bürgerrechte eingeräumt und Gewerkschaften formal zugelassen wurden. Gleichwohl entfaltete sich das gesellschaftliche Umfeld seit diesen Jahren auf neue Art. In den Städten wurde in größeren und kleineren Zirkeln diskutiert, die Zahl der Publika-

tionen stieg an und viele Menschen erfuhren davon, dass es vor allem in den westeuropäischen Ländern gelungen war, sich zu organisieren und Reformen durchzusetzen. Nicht nur die Verbitterung der arbeitenden Massen stieg somit an, sondern auch ihre Entschlossenheit, ihre Situation zu ändern, was zur wachsenden Popularität von Arbeiterräten führte. Der stetige Klassenkampf von oben brachte so in einem Prozess der wachsenden Radikalisierung den *Klassenkampf von unten* hervor, der sich von spontanen Aktionen in einzelnen Fabriken auf immer größere Teile der Arbeiterschaft ausweitete.

Da die Industrialisierung so wenig vorangeschritten war und Russland immer noch ganz überwiegend ein Agrarland blieb, konnten die Fabriken und ihre Sowjets nicht mehr als revolutionäre Inseln darstellen. Die Mehrheit der Bevölkerung blieb dem Bauerntum verbunden, darunter auch die meisten Soldaten, die man an die Front geschickt hatte. Sie sahen ihr Interesse, endlich zu eigenem Land ohne die bisherigen erdrückenden Belastungen zu kommen, vor allem durch die Partei der Sozialrevolutionäre (Nachfolger der früheren Narodniki) vertreten. Diese war sowohl in der Duma ab 1905 wie in der provisorischen Regierung ab Februar 1917 vertreten und stellte in der Konstituierenden Versammlung vom November 1917 die stärkste Partei dar. Intern blieb sie jedoch zerstritten, vor allem über die Frage, ob der Krieg weitergeführt und wie schnell die »Sozialisierung des Landes« umgesetzt werden sollte. Trotz ihrer massiven Präsenz als Partei gelang es den Sozialrevolutionären – anders als den Bolschewiki – in den entscheidenden Momenten nicht, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren. Das entsprach auch nicht ihrer Tradition, bei der sie in erster Linie stets auf Attentate gesetzt hatten (Hildermeier 1989: 166f., 174, 200). Diese organisatorischen Schwächen konnte Lenin ausnutzen, als er im Januar 1918 die Konstituante mit Waffengewalt auflöste.

In Deutschland hatte nicht nur die Industrialisierung, sondern auch die Organisation der bürgerlichen und proletarischen Öffentlichkeit mehr als ein halbes Jahrhundert früher begonnen. Die »soziale Frage« wurde von Frauenvereinen und Kathedersozialisten, von der Kirche, von liberalen und konservativen Parteien diskutiert und bildete die eigentliche Existenzberechtigung der Sozialdemokratie. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts multiplizierten sich die Vereine, ob für Sport oder Kultur, für Kolonien oder Anti-Alkoholismus – es entstand also eine kaum noch übersehbare Fülle an zivilgesellschaftlichen Organisationen. Trotz der jahrelangen Behinderungen durch das Sozialistengesetz entwickelte sich in diesem Umfeld auch das rege sozialdemokratische und gewerkschaftliche Vereinswesen, das bis 1914 zu dem Höhenflug der Organisation auf beiden Ebenen führte. Führende Vertreter der Arbeiterbewegung beschworen immer wieder die Einheit der Klasse, so etwa Karl

Kautsky in seiner Erläuterung des Programms der Sozialdemokratie: »[...] so werden immer mehr die arbeitenden Klassen zu einer einzigen einheitlichen Arbeiterklasse zusammengeschnitten, die beseelt wird vom Geist des Proletariats der Großindustrie, das an Zahl und ökonomischer Bedeutung stetig zunimmt. Immer mehr verbreitet sich in ihr der dem großindustriellen Proletariat eigentümliche Geist des kameradschaftlichen Zusammenhalts, der genossenschaftlichen Disziplin, der Gegenherrschaft gegen das Kapital [...]« (1907: 197, Herv.: Kautsky). Wohl wussten die Ideologen der Partei, dass Gelernte und Ungelernte, Landarbeiter und Heimarbeiterinnen, Handelsgehilfen und Dienstmädchen in unterschiedlichen Welten lebten, aber all diese Lebenslagen würden sich zunehmend angleichen und in einen gemeinsamen Kampf gegen »das Kapital« münden.

Die Herrschenden setzten gegenüber den wachsenden Organisierungserfolgen der Arbeiterbewegung zeitweilig auf Repression, wie beim Einsatz von Militär gegenüber streikenden Bergarbeitern 1889 und 1912. Doch blieb diese Form des Klassenkampfes von oben eher die Ausnahme. Gängiger wurde die Taktik von Integrationsangeboten, die von Werksiedlungen bis zu »gelben« Gewerkschaften reichten, bei denen Wohlverhalten und Loyalität durch materielle Vergünstigungen belohnt wurden. Schließlich wiesen die wachsende Zahl von Tarifverträgen und der Erfolg von kampflosen Bewegungen in ebendiese Richtung der *Einhegung* und *Kanalisation von Klassenkämpfen*. Nicht, wie in Russland, fehlende Möglichkeiten der Organisation, sondern deren unbestreitbare Erfolge erwiesen sich mit der Politik des »Burgfriedens« als Problem, da Klassenauseinandersetzungen zunehmend stillgelegt und eingefroren wurden – und zwar auf Kosten der Arbeiterschaft. Noch mehr als in der Vorkriegszeit handelte es sich also um faule Kompromisse. Die mächtigen bürokratischen Apparate der Arbeiterbewegung zeigten sich im Verlauf des Weltkrieges zu weitreichenden Zugeständnissen bereit, um ihr Überleben zu sichern – bis hin zu dem unheilvollen Pakt mit den Militärs seit 1918. Diesem Kurs wollten nicht alle Arbeiterinnen und Arbeiter folgen und drängten vor und nach 1914 darauf, die kapitalistischen Verhältnisse sehr viel grundlegender infrage zu stellen. Sie scheiterten.

In Russland wie in Deutschland waren im Lauf des Weltkrieges Arbeiter- und Soldatenräte entstanden, deren Vertreter in Russland die längste Zeit, in Deutschland bis zuletzt auf eine parlamentarische Demokratie setzten. Sie wurden da und dort durch die sozialistischen Parteien, die sich politisch nach dem Sturz der jeweiligen Monarchen an die Spitze der neuen Regierungen setzten, zermalmt. Die deutsche Sozialdemokratie wie die russischen Bolschewiki hatten kein Interesse an diesen Formen der eigenständigen Organisation des Proletariats von unten.

Literatur

- Albert, Gleb J. (2017): Labour Movements, Trade Unions and Strikes (Russian Empire). In: Daniel, Ute u.a. (Hg.): 1914-1918 online. International Encyclopedia of the First World War – FU Berlin. DOI: <https://www.doi.org/10.15463/ie1418.10458>.
- Anweiler, Oskar (1958): Die Rätebewegung in Russland 1905-1921. Leiden.
- bpb, Bundeszentrale für politische Bildung (2012): Streiks, Aussperrungen und »kampflose Bewegungen«. URL: <https://www.bpb.de/>, Zugriff: 23.5.2020.
- BSB, Bayerische Staatsbibliothek München (2011): Dekret über die Aufhebung der Stände und der staatsbürgerlichen Rangbezeichnungen, 11. (24.) November 1917 – 100(0) Schlüssel-dokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte. URL: <http://digitale-sammlungen.de/>, Zugriff: 23.5.2020.
- Cheremukhin, Anton / Golosov, Mikhail / Guriev, Sergej/Tsyvinski, Aleh (2014): The Industrialisation and Economic Development of Russia through the Lens of a Neoclassical Growth Model, <https://www.brown.edu/>, Zugriff: 23.5.2020.
- Henning, Friedrich-Wilhelm (1993): Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914. Paderborn.
- Hildermeier, Manfred (1989): Die russische Revolution 1905-1921. Frankfurt/M.
- (1990): Arbeiterschaft und politische Radikalisierung in der russischen Revolution 1905-1917. In: Geschichte und Gesellschaft 16(4): 512-535.
- Käppner, Joachim (2017): Aufstand für die Freiheit – die Revolution der Besonnenen. München.
- Kautsky, Karl (1907): Das Erfurter Programm – In seinem grundsätzlichen Theil. Stuttgart.
- Lehnert, Detlef (1983): Sozialdemokratie – Zwischen Protestbewegung und Regierungspartei. Frankfurt/M.
- Llewellyn, Jennifer / McConnell, Michael / Thompson, Steve (2019a): Russian Industrialisation. URL: <https://alphahistory.com/>, Zugriff: 23.5.2020.
- (2019b): The Lena River Massacre. URL: <https://alphahistory.com/>, Zugriff: 23.5.2020.
- Melancon, Michael (2014a): Labour (Russian Empire). In: Daniel, Ute u.a. (Hg.): 1914-1918 online. International Encyclopedia of the First World War – FU Berlin. DOI: <https://www.doi.org/10.15463/ie1418.10031>.
- (2014b): Social Conflict and Control, Protest and Repression (Russian Empire). In: Daniel, Ute u.a. (Hg.): 1914-1918 online. International Encyclopedia of the First World War – FU Berlin. DOI: <https://www.doi.org/10.15463/ie1418.10308>.
- Mironov, Boris N. (2010): Wages and Prices in Imperial Russia, 1703-1913. In: The Russian Review 69(1): 47-72. DOI: <https://doi.org/10.1111/j.1467-9434.2010.00554.x>.
- Peeling, Siobhan (2014): War Industry Committees. In: Daniel, Ute u.a.: 1914-1918 online. International Encyclopedia of the First World War – FU Berlin. DOI: <https://doi.org/10.15463/ie1418.10251>.
- Puttkamer, Joachim von (1996): Fabrikgesetzgebung in Russland vor 1905: Regierung und Unternehmenschaft beim Ausgleich ihrer Interessen in einer vorkonstitutionellen Ordnung. Köln.
- Reed, John (1975): Zehn Tage, die die Welt erschütterten. Berlin.
- Rieber, Alfred D. (1982): Merchants and Entrepreneurs in imperial Russia. Chapel Hill.
- Rotermundt, Rainer (1977): Oktoberrevolution und Sozialismus – Zur Bedeutung des Massenbewusstseins für die Herausbildung nichtkapitalistischer Produktionsverhältnisse. In: PROKLA 27 (7): 77-102. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v7i27.1696>.
- Schmidt, Dorothea (1999). Zurück zur Jahrhundertwende? Alte und neue Selbständigkeit in Deutschland. In: PROKLA 117 29(4): 603-626. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v29i117.799>.
- Schneider, Michael (1989): Kleine Geschichte der Gewerkschaften – Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute. Bonn.
- Smith, Stephen A. (2017): Revolution in Russland – Das Zarenreich in der Krise 1890-1928. Darmstadt.

- Strautmann, Tobias (2014): Die positiven Folgen des Krimkriegs. In: Tagesanzeiger, 24.3.2014.
- Teuteberg, Hans Jürgen (1961): Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland. Tübingen.
- Thatcher, Ian D. (2005a): Introduction. In: Ders. (Hg.): Late imperial Russia: problems and prospects. Manchester: 1-8.
- (2005b): Late imperial urban workers. In: Ders. (Hg.) Late imperial Russia: problems and prospects. Manchester: 101-119.
- Tugan-Baranowsky, Michail (1900): Geschichte der russischen Fabrik. Berlin.
- Ullmann, Peter (1977): Tarifverträge und Tarifpolitik in Deutschland bis 1914. Frankfurt/M.
- Wehler, Hans-Ulrich (1995): Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849-1914. München.

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

Aspekte des geschichtlichen Moments – Wege zu einer ökologischen Produktionsweise?

V.BRAUN Das Aschenmahl

A.CONRADS »Bestellt und nicht abgeholt«

W.F.HAUG Die Große Unterbrechung

C.TÜRCKE Coronas digitale Schubkraft

H.NEDDERMANN China in der Coronavirus-Krise

G.SCHWEPPENHÄUSER Die Wende

A.WERNER Wiederkehr des Verdrängten

F.HAUG Müttermord, Restauration, Frauensolidarität

K.RUOFF/C.v.XYLANDER Coronamerika

J.REHMANN Bernie Sanders' Wahlkampagne

W.F.HAUG Jason Moore – kopernikanische Wende der Ökologie?

T.HAUG Weltgeschichte als Bewährungsprobe für die *oikeios*-Theorie

C.v.XYLANDER Das Karlsruher Mensch-Natur-Distanz-Festival

Einzelheft
14 € / 12 €

Jahresabo
30 € / 24 €